Posener Zeitung.

№ 187. Sonntag den 13. August. 1848.

Inland.

Berlin, den 11. August. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem katholischen Pfarrer **Wisthoff** zu Polsum, Kreis Recklinghausen, den Rothen Adler-Orden vierter Klasse zu verleihen.

Der General-Major und Commandeur der 1sten Ingenieur-Inspektion, **Brese**, ist von Stettin hier angekommen.

---

§§ **Posen**, den 12. August.

Sauer und mühsam ringen wir Deutsche nach politischer Selbstständigkeit, das lehrt am Eingänglichsten der unselige Dänenkrieg, den wir nun schon vier Monate lang gegen ein an Areal und Einwohnerzahl so unbedeutendes Land erfolglos führen, das beweist unser so vielfältig gehindertes Streben nach maritimer Entwickelung, zu der es uns doch mit Naturnothwendigkeit drängt, das bekunden endlich die Anstrengungen der fremden und feindlichen Diplomatie, der Deutschlands Größe ein Dorn ist, und die überall Hindernisse uns in den Weg legt. Es ruht ein schwerer Alp auf Deutschland: wir müssen ihn heben und werden ihn heben, aber es bedarf dazu Eintracht und Kraft, Muth und Klugheit, Tapferkeit und Vertrauen, festes Zusammenhalten ganz besonders, denn nur so imponiren wir der Fremde, nur so wird es uns gelingen, vor uns selbst Achtung und nach Außen Anerkennung zu gewinnen, nur so werden wir in Dänemark siegen und den Besiegten den Frieden diktiren, den jetzt die schlauen feindseligen Diplomaten mit pfiffiger Freundlichkeit zu unserm Schaden bestimmen wollten.

Der dänische Krieg wird mit vermehrten Kräften aufgenommen, und es wäre wunderbar, wenn wir ihn jetzt nicht zum erwünschten Ziele sollten führen können. Den großen Kampfesanstrengungen gebührt aber ein würdiger Preis, und Deutschland muß bei dieser Gelegenheit seinen Blick auf ein zweites Verhältniß werfen, in das es zu Dänemark gekommen ist, es muß die wahrhaft tributäre Stellung in's Auge fassen, in der wir zu dem winzigen Nachbarstaat durch den **Sundzoll** stehen. Der **Sundzoll** trifft vorzugsweise Deutschland, namentlich aber Preußen, und lastet besonders schwer auf dessen Ostprovinzen, deren Gedeihen wesentlich hierdurch und durch die hermetische russische Sperre beeinträchtigt ist. Seien wir eine praktische Nation und gehen wir unverrückten Schritts auf das zu, was uns nothwendig ist für die Erstarkung unseres nationalen Lebens, räumen wir die nächstliegenden Hindernisse unserer Entwickelung fort, bevor wir die ferneren berücksichtigen.

Unter den Einflüssen des Sundzolls leidet die gesammte deutsche Ostseeküste, die, Holstein-Schleswig abgerechnet, in der bedeutenden Länge von circa 130 Meilen sich erstreckt. Hiervon kommen auf Preußen allein (Rügen außer Anschlag gelassen) volle 114 Meilen, und da Meklenburg mittels Elbe und Eisenbahn in unmittelbarer Verbindung mit der Nordsee ist, so ergiebt sich, wie der Sund eine wesentlich für die preußisch-deutsche Passage benutzte Wasserstraße ist, der Zoll vorzugsweise preußische Schiffe trifft, und wesentlich die Interessen der Hinterländer Ost- und Westpreußen, Posen, einen Theil der Marken und Schlesien gefährdet. Ein Emporkommen der Provinzen Preußen und Posen ist bei einem Verkehrsdruck, wie er hierdurch und durch den verbotgleichen russischen Tarif ausgeübt wird, fast außer Möglichkeit, der Nachtheil der erschwerten und fehlenden Absatzwege unverkennbar. Fünf bis sechs Siebentel der preußischen Schiffe passiren den Sund, und zahlen zu den 1,630,000 Rthlr. jährlich, die Dänemark jetzt von diesem Zoll zieht, direkt ungefähr 500,000 Rthlr., abgesehen von der Werthvertheuerung der auf fremden Schiffen von und nach Preußen verladenen Waaren, so daß **in den letzten Jahren Preußen allein die volle Hälfte dieses dänischen Einkommens aufgebracht hat.** Dabei hat z. B. Stettin und einzelne kleinere pommersche Ostsee-Städte alte, verbriefte Rechte auf Sundzollfreiheit, die Stettin namentlich sehr oft geltend gemacht, und in deren Aufgabe es nie eingewilligt hat! Aber auch hier haben sich die Fehler und die Unachtsamkeit unserer früheren Diplomaten in reichem Maße erwiesen, und während anderen Staaten durch energisches Einschreiten theilweise Erleichterungen zugekommen waren, wurde Preußen trotz aller Remonstrationen von Dänemark vollständig hinter's Licht geführt.

Dänemark beruft sich bei jeder Gelegenheit auf sein gutes Recht, den Zoll zu erheben, und führt dieses in's Mittelalter zurück. Zur Zeit, als Portugal für sich die Herrschaft über die See zwischen seinen Küsten und Brasilien, Frankreich über das nördlicher gelegene Meer, Norwegen über die Nordsee in Anspruch nahm, usurpirte sich Dänemark die Belt- und Sundherrschaft, und legte schon früh eine Zollstätte bei Helsingoer und ein Kanonenfort bei Kronenburg zum Bestreichen der vorübergehenden Schiffe an. Der Nachdruck, den es beständig auf seine Forderungen legte, nicht minder die Wirkung der im Weigerungsfalle abgefeuerten, selbst die gegenüberliegende schwedische Küste, berührenden Kugeln, brachten allmälig die schifffahrttreibenden Nationen zum Zahlen des Zolls, den zuerst die Holländer, um den willkürlichen dänischen Schatzungen zu steuern, im Christianopolschen Vertrage von 1645 tarifsmäßig auf 1 Procent von dem Werthe der Waaren festsetzten. Da indeß viele Waaren im Tarife fehlten, der Preis anderer im Verlaufe der Zeiten bedeutend gesunken war, so stellte sich das Verhältniß der Abgabe ganz anders, und die Steuer belief sich bald bei sehr vielen Artikeln auf 7—8 Prozent und wurde wahrhaft unerträglich. Mannigfache Versuche einzelner Länder, z. B. Schwedens, sich von der Abgabe ganz zu befreien, schlugen fehl: einen ganz besondern Rechtstitel für seine Forderungen giebt Dänemark in der 1814 geschehenen Trennung Norwegens von seiner Herrschaft an, insofern Dänemark die seinerseits auf eine enorme Höhe angegebene Staatsschuldenlast übernommen hat, dafür ihm stillschweigend von Europa die Revenüen der Sundzollkasse zugesichert worden sein sollen. Indeß haben beispielsweise die Vereinigten Staaten, die ihr Interesse hierbei mit dem deutschen Hand in Hand gehen lassen, die dänischen Rechtsansprüche nie anerkannt, und Stettin hat, wie gesagt, historisch bedründete Rechte auf Zollfreiheit, und nur den Belauf wirklicher Feuergelder u. s. w. zu zahlen. Preußen richtete nun sein Augenmerk auf die durchaus nothwendige Aufhebung und Ablösung des Zolls für sämmtliche deutsche Vereinsschiffe, stieß aber bei allen desfallsigen Verhandlnngen eben nur auf Dänemarks Bemühung, die Sache in den möglichst schleppenden Gang zu bringen. 1839 trat dieses endlich mit Ablösungsvorschlägen hervor, allein urplötzlich erhob sich Rußland gegen einen solchen Vergleich, und Dänemark steckte sich rasch hinter dasselbe, um den ihm längst unbequemen Verhandluugen zu entgehen.

Mittlerweile war nach langem Hinhalten zwischen England und Dänemark die Helsingörer Uebereinkunft am 13. August 1841 abgeschlossen worden, der später Schweden beitrat, und welche den Gegenstand auf der Basis des 200jährigen Christianopolschen Traktats regelt. Der neue dänische Tarif, Neujahr 1842, auf Grund dieses Traktats entworfen, ließ indeß die preußischen Ansprüche vollständig unbefriedigt, da mehrere der wichtigsten preußischen Importartikel, wie Rohzucker, Roheisen mit höheren, zum Theil unmäßigen Zollsätzen belastet blieben. Ebenso blieben die persönlichen Belästigungen der Schiffer und die Lootsen und Feuergelder stiegen zu einer enormen Höhe. Dänemark fühlte sich bei diesem Abkommen sehr wohl, und gab um so eher jeden Gedanken einer Ablösung bereitwillig auf, Preußen endlich brach alle Verhandlungen ab und rief seinen eignen nach Kopenhagen geschickten Agenten zurück.

Die Sachlage hat später aufs Ueberzeugendste erwiesen, daß Rußland und England sich bei dem ganzen Gange trotz ihrer sonstigen Divergenz die Hände gereicht und sich über ihre eigenen Opfer getröstet haben, daß sie die dänischen Uebergriffe unterstützten, nur, um jedes ihnen grame Vorschreiten des deutschen Zollvereins zu hindern. Deutschland wird hoffentlich erkennen, daß es diese hochwichtige Sache einzig und allein in seine eigenen Hände nehmen muß, wenn es daran denkt, sie zu einem glücklichen Abschluß zu bringen.

Man hat vielfältig daran gedacht, den lästigen Sundzoll auf andere Weise zu umgehen. Schweden, das von ihm ebenfalls hart getroffen wird, ist mit dem Plan eines Kanals von Helsinborg aus zur südöstlichen Küste und so zur Verbindung der Nord- und Ostsee aufgetreten, König Oskar verfolgt diesen seinen Lieblingsgedanken ziemlich eifrig, und hat schon einmal bezügliche Verhandlungen in Berlin angeknüpft, immer aber liegt die Ausführung in weiter Ferne und namentlich bleibt für Deutschland der Nachtheil einer wichtigen Wasserstraße durch ein fremdes Land. Von größerem Werthe ist die projektirte Erweiterung des Nord- und Ostsee verbindenden Eiderkanals, wodurch wir eine rein in deutschen Händen befindliche Wasserstraße erlangen könnten. Ist dieser Umstand von unschätzbarem Werth, und die Ausführung dieses Plans für Deutschland von wesentlichster Bedeutung, so dürfen die Schwierigkeiten derselben, namentlich die sehr bedeutenden Kosten bei der Instandsetzung des Kanals für Kriegsmarine nicht außer Ansatz gelassen werden, und es wird selbst beim besten Willen der Anstrengungen einer Reihe von Jahren bedürfen, bevor wir zur Benutznng dieser Wasserstraße in dem projektirten großartigen Maße werden kommen können. Auch die neuerdings in Aussicht gestellte Verbindung zwischen Schleswig und Husum ist aber noch im Bereiche der Wünsche, die Hauptaufgabe bleibt für jetzt noch die Abschaffung des Sundzolls. Hierauf ist alle Kraft zu richten, denn die Wohlfahrt der deutschen Nordostprovinzen ist von einer günstigen Lösung der Frage abhängig. Es hängt aber auch die Förderung der deutschen Selbstständigkeit damit zusammen, und es kann im günstigen Falle selbst glücken, die uns jetzt unnatürlich entfremdeten skandinavischen Reiche in eine freundliche Verbindung mit Deutschland zu bringen, eine Verbindung, die gewiß im Interesse beider Staatengebiete liegt, und die zu stören und fern zu halten Rußland bis jetzt mit vielem Erfolg bemüht war.

Berlin, den 8. August. Die Buchdruckergehülfen haben gestern wieder eine Vergnügungsfahrt mit Damen unter Leitung des Hrn. **Born** gemacht; an eine Vereinigung ist einstweilen noch nicht zu denken. Eine Hauptschuld an dem Zerwürfniß trägt die ungeschickte Behandlung desselben von Seiten des Ministers **Milde**, über dessen beschränkte Fähigkeit die Verstimmung im Publikum, so wie im Schooße des Ministeriums selbst, mit jedem Tage zunimmt. Wenn es gelänge, die Stelle des Handelsministers, so wie die des Cultusministers, auf angemessene Weise zu besetzen, so könnte man dem jetzigen Ministerium eine längere Dauer versprechen, um so mehr, da sich auch die Diplomatie, d. h. die auswärtigen Mächte, mit unseren neuen Zuständen aussöhnt und Hr. v. **Auerswald** das gute Einvernehmen durch angenehme und gewinnende Formen zu unterstützen weiß.

Frankfurt a. M., den 8. August. (O. P. A. Z.) **56ste Sitzung der verfassunggebenden Reichs-Versammung am 7. August.** Die Sitzung wird durch den ersten Vice-Präsidenten **von Soiron** eröffnet. Der Abgeordnete Graf **Dohna** aus Heiligenbeil und Bischof **Müller** aus Münster zeigen ihren Austritt aus der National-Versammlung an. Der Vorsitzende läßt eine Vollmacht des Abgeordneten der Sächsischen Nation in Siebenbürgen, Professor Friedrich Müller, so wie eine Erklärung desselben bezüglich der Verhältnisse in Siebenbürgen und der Bedingungen der Vereinigung mit Ungarn, verlesen. Die Sachsen in Siebenbürgen sprechen mit größter Entschiedenheit die Absicht aus, ihre Deutsche Nationalität gegen alle Uebergriffe zu wahren, und glauben sich nöthigenfalls der Vertretung ihrer Deutschen Brüder für versichert halten zu dürfen.

Es wird hierauf zur Tagesordnung, der Berathung über den Bericht des Gesetzgebungs-Ausschusses über die Amnestiefrage, geschritten. Der Bericht erörtert, inwiefern die National-Versammlung sich auf die in Bezug auf Amnestie der politischen Verbrechen und Vergehen eingegangenen zahlreichen Petitionen einzulassen hat. Die Schilderhebung in Baden kann aus einem doppelten Standpunkte betrachtet werden, als ein Attentat gegen die konstitutionelle Monarchie in Baden und als Mittel zur Vorbereitung der Republik in ganz Deutschland. Baden ist derjenige Staat Deutschlands, in welchem sich die Freiheiten des Volkes schon früher entwickelt hatten, und wo die Volksrechte am ersten und vollständig-

sten anerkannt wurden. Ein Aufstand daselbst war gegen die neue, auf Freiheit gegründete Ordnung gerichtet. Ferner waren zur Zeit des Aufstandes in Baden bereits die Wahlen zur Deutschen konstituirenden National-Versammlung, welche die Verfassung von ganz Deutschland festsetzen sollte, angeordnet und im Gange. Die allgemeine Stimmung in Deutschland konnte nicht unbekannt sein, und man ergriff die Waffen, um, während die Niedersetzung des Organs des Volkswillens vorbereitet wurde, eine Verfassung aufzudrängen, von der die Aufständischen wissen konnten, daß die überwiegende Mehrheit sie nicht will. Man rief eine Erschütterung hervor, deren Schwingungen jetzt noch in manchen Theilen Deutschlands fortdauern. Eine Amnestie wäre jetzt, wo die Ordnung noch nicht vollständig wieder gesichert ist, nicht räthlich. Dazu kommt noch, daß keiner der Betheiligten selbst um Amnestie gebeten hat. Der Ausschuß ist deshalb bis auf zwei Mitglieder der Ansicht, daß die National-Versammlung keinen Grund habe, in den Rechtsgang einzugreifen, und daß dieselbe bezüglich der Petitionen zur motivirten Tagesordnung übergehen solle.

Der Vorsitzende verliest 1) einen Antrag von Hülsmann, die National-Versammlung solle die provisorische Centralgewalt ersuchen, diejenigen Verbrecher, welche ihre Verbrechen bereuen, den einzelnen Staaten zur Amnestie zu empfehlen; 2) einen Antrag Simon's von Trier auf Aussprechen einer unbedingten Amnestie. Widenmann ergreift als Berichterstatter des Ausschusses zuerst das Wort. Seit dem Berichte vom 18. Juli sind wieder verschiedene neue Petitionen, vorzüglich aus Baden, darunter auch von Jungfrauen und Frauen aus Konstanz 2c., eingegangen. Ferner hat ein Theil der nach Frankreich Geflüchteten um Amnestie gebeten. Der Ausschuß ist der Ansicht, daß durch die neuen Vorstellungen in der Sache nichts geändert sei. Die Bittsteller, welche bei dem Aufstande betheiligt waren, gestehen jetzt noch nicht zu, daß sie ein Unrecht begangen haben; sie beklagen, daß das Unternehmen mißlungen ist. Dies ergiebt sich aus mehreren Petitionen. Der von Hecker herausgegebene Volksfreund, und der von Struve entworfene „Plan zur Republikanisirung Deutschlands" zeigen, daß das Unternehmen noch nicht aufgegeben ist. Wir theilen das Mitleid mit den Verirrten, selbst das Mitleid mit den Anführern; aber wir haben auch Mitleid für das Vaterland und nehmen Rücksicht auf sein Wohl.

Der Vorsitzende verliest mehrere weiter eingegangene Anträge, 1) einen Antrag von Wiesner (übergeben am 29. Mai) auf Erlassung einer allgemeinen Amnestie; 2) einen Antrag von Eisenmann und Zimmermann aus Stuttgart: Alle jene politischen Angeschuldigten zur Amnestie zu empfehlen, welche darum nachsuchen und versprechen, sich den Gesetzen zu unterwerfen. von Itzstein: Ich habe dem Berichterstatter zu bemerken, daß die Männer in Bruchsal's Gefängnissen nicht bei dem betheiligt sind, was Struve geschrieben haben mag. Ich glaube, daß wir die Bitten der Gefangenen, die Bitten der Frauen berücksichtigen sollen. Hecker hat mich gebeten, der National-Versammlung zu sagen, daß er für sich keine Amnestie verlangt, daß er aber die National-Versammlung dringend bittet, sie möge die seit Monaten in den Gefängnissen Sitzenden begnadigen, sie möge sie ihren Kindern, Aeltern und Frauen zurückgeben, denen sie schon so lange entzogen sind; sie möge Rücksicht nehmen auf die Flüchtlinge im Elend. Es ist die Begnadigung ein Ausspruch, der Beruhigung im Volke hervorrufen wird. Ich glaube, daß die Bewegung in ganz Deutschland und nicht blos in Baden war, und daß deshalb die National-Versammlung die Amnestie aussprechen soll. Der Vorsitzende theilt eine Reihe von dem Abgeordneten Brentano übergebener Petitionen mit. Hagen aus Heidelberg: Nach dem positiven Recht wären wir wohl alle Hochverräther. (Unterbrechung von der rechten Seite.) Uns schützt die Macht der Revolution vor der Verfolgung der alten Regierungen. Wir sollten jenen Schutz der Revolution nicht auch jenen Unglücklichen zu Theil werden lassen, die eine Linie weiter gegangen sind? Sollen wir diejenigen, welche in der Berauschung durch die neuen Güter zu weit gegangen sind, härter behandeln, als diejenigen, die uns seit 38 Jahren bedrückt haben, und die wir nicht in die Gefängnisse geworfen haben? Sie haben gehört, wie viele Bittschriften eingegangen sind. Auch mir sind solche, auch von Frauen übergeben worden. (Der Redner verliest eine der Eingaben.) Hier spricht sich die Zuversicht der Gewährung aus; täuschen Sie die Hoffnung nicht und lassen Sie diesen Tag einen Freudentag sein! Schoder: Ich muß beklagen, daß ich von den Aufständischen kein so günstiges Bild entwerfen kann, wie der Vorredner. In Folge der Bewegungen des März bildete sich die Versammlung in Heidelberg, welche zum Vorparlamente führte. Unter ihr war Hecker. Im Vorparlament — auch in diesem war Hecker — haben sich die verschiedensten Parteien dahin geeinigt, daß frei aus dem Volke gewählte Vertreter die Verfassung Deutschlands bestimmen sollen. Die Regierungen vollzogen den Beschluß, über welchen ganz Deutschland jubelte. Der Funfziger-Ausschuß blieb in Frankfurt gegen etwaige reactionaire Bewegungen. So stand die Sache, als Hecker die Fahne der Empörung aufpflanzte. Der Funfziger-Ausschuß, die Vertreter des Deutschen Volkes, ließen ihn verwarnen, die Souverainetät des Volkes nicht zu mißachten. Es war umsonst. Noch jetzt ist kein Zeichen vorhanden, daß er ablassen will von seinem Plane; noch steht er drohend an der Grenze; noch wirken Einzelne und Vereine, seine Pläne durchzusetzen. Ist dies eine Zeit zur Amnestie? Der Aufstand war eine Auflehnung gegen das Deutsche Volk, welches sein Geschick durch Beschlüsse und nicht durch Blut und Kampf geregelt haben will. Es ist wahr, wir haben viele Petitionen erhalten; aber sie kommen nicht aus dem ganzen weiten Vaterlande, sondern aus dem Lande, wo die Sympathie für das Unternehmen herrscht. Ich bin der Meinung, daß Hecker und seine Genossen auch nach der Amnestie ihre Zwecke noch verfolgen würden, da sie noch in der alten Verblendung sind. Wozu sollen wir einen neuen Kampf hervorrufen, der neues Blut kostet? Wir würden durch die Amnestie den Hochverrath sanctioniren; denn noch steht Hecker der National-Versammlung feindlich entgegen. Das übrige Deutschland würde uns mit Mißtrauen verfolgen, wie jetzt jene Minderheit, und eine Versöhnung wird nicht stattfinden. Ich wünsche aber, daß die Regierung die minder Gravirten, die Verblendeten begnadigen werde, wenn sie ihre Verblendung einsehen. Zur Begnadigung für die Schwerschuldigen mag die Zeit später kommen, wenn unser Verfassungs-Gebäude vollendet ist, und wenn sie Sinnesänderung zeigen. Simon von Trier: Das Beispiel der Revolution von 1789 bei der Amnestiefrage anzuführen, ist sehr gefährlich für die Folgerungen; wenn unsere Revolution denselben Weg ginge, so würden noch Viele Veränderungen erfahren. Wir wollen den Grundsatz der Humanität vorbereiten. Die Verbrechen sind auch nicht so groß. Hecker ist Republikaner: solche sitzen auch in der Versammlung. Hecker hat einen Rechnungsfehler gemacht; er hat geglaubt, die Mehrheit für sich zu haben. Ich muß in Abrede stellen, daß Hecker die National-Versammlung bestreitet; er wäre dann zu stolz, in sie einzutreten, wie er doch verlangt hat. Man sagt, die Republik sei in Baden nicht die Ansicht der Mehrheit. Fickler und Struve haben am 4. April dem Bundestags-Gesandten Welcker einen Antrag zur Weiterbeförderung übergeben, in welchem die Abstimmung des Volkes über die Einführung der Republik in Baden verlangt wurde. Dieser Unbefangenheit folgte die Verhaftung Fickler's. Viele hatten die gleiche Ansicht, aber nicht den Muth, das Leben daran zu setzen. Von den zwanzig Badischen Deputirten sind hier höchstens sieben constitutionell und diese nicht vom reinsten Wasser, und von diesen haben manche in besserer Zeit auf das Wohl der Republik getrunken. Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß Herr Mathy nicht in Baden gewählt ist und auch nicht Herr Bassermann. (Ruf: Keine Persönlichkeiten.) Ich spreche von der Stimmung in Baden, und da ist es bezeichnend, daß Männer, die an der Spitze der Badischen Regierung stehen, in Baden nicht gewählt sind. Man sagt, die Politik spreche gegen die Amnestie. Drohte wirklich ein neuer Aufstand, so würde ich die Amnestie nicht anrathen. Dies ist nicht der Fall; ich habe mich vorher erkundigt, und ich habe mehr Gelegenheit dazu, es zu erfahren, als (zur Rechten gewendet) Sie. (Gelächter auf der Rechten: Das glauben wir.) Die Erklärung von Hecker beweist, daß er jetzt nichts will. (Auf der Rechten: Ja, jetzt!) Daß man für die Republik noch Propaganda macht, das versteht sich. (Gelächter.) Propaganda muß Jeder für seine Ansicht machen. Gerade durch die Amnestie wird die Ruhe, die Sie Alle wünschen, hergestellt werden. Ich bitte nicht gern die Majorität, der wir täglich unterliegen; doch ich bitte für Andere: Oeffnen Sie die Kerker, geben Sie die Gefangenen ihren Familien wieder. Biedermann: Es ist den Aufständischen seiner Zeit die Amnestie angeboten worden zur Beruhigung des Landes; sie haben sie nicht angenommen. Es mag sein, daß sie jetzt leiden, daß sich damals ihre Begriffe verwirrt hatten; aber tragen wir nicht dazu bei, daß die Verwirrung sich vermehrt, indem wir die Prinzipien nicht streng scheiden. Wiesner: Auch die alten Diplomaten haben Amnestieen ertheilt. Es hat zur Napoleonschen Zeit viele Verräther an Deutschland gegeben; im Tilsiter, im Pariser Frieden, in der Wiener Kongreß-Akte sind die Verräther amnestirt worden, nicht blos ihre Person, sondern man hat ihnen auch ihre Gehalte und Pensionen gesichert. In der ersten Badischen Kammer ist von dem Freiherrn v. Andlaw verlangt worden, Personen in der nächsten Umgebung des Großherzogs zur Untersuchung zu ziehen, als verbunden mit dem Heckerschen Unternehmen. Die Kammer ging darauf nicht ein, aber Hunderte aus den unteren Ständen sind eingekerkert. Wenn man sagt, daß Hecker auftrat, als bereits fürs Parlament gewählt wurde, so muß ich erinnern, daß Oesterreich seitdem zwei Revolutionen gemacht hat, und wer wollte es deshalb anklagen. Das Volk hat seinen Feinden verziehen. Schoder sagt, es seien nur Bittschriften aus Baden für die Amnestie eingegangen; aus Wien wird nächstens eine Riesen-Petition einkommen, und es wird aus Oesterreich nicht die einzige sein. — Der Vorsitzende verliest einen Verbesserungs-Vorschlag von Schoder, der darauf anträgt, in der Erwägung zur Tagesordnung überzugehen, daß die einzelnen Regierungen sich des Rechts der Gnade den Verhafteten gegenüber, die darum nachsuchen, bedienen werden. Brentano von Bruchsal: Sie haben aus dem Munde Itzstein's gehört, welche Gesinnungen den Mann beseelen, der der Verfolgte ist. Er will nur für die Unglücklichen Amnestie, welche unter seiner Führung das harte Schicksal erlitten haben. Es ist die Pflicht des Freundes, — und ich bin stolz darauf, Hecker's Freund zu sein (Bravo!), — den Verfolgten zu vertheidigen. Man hat Hecker in dem Schreiben des Badischen Ministeriums einen Landesverräther genannt. Nach Badischen Gesetzen hat er keinesfalls Landesverrath begangen; denn nur der ist Landesverräther, der eine fremde Macht anruft. Man sagt, die Verhafteten hätten ihre Gesinnungen nicht geändert; ich würde ihnen meine Verachtung ins Gesicht werfen, wenn sie die Reihe der Apostaten vermehrt hätten. (Beifall und Zischen.) Es ist lügenhaft, zu sagen, daß neue Schilderhebungen beabsichtigt sind. (Von der Rechten: Ruf zur Ordnung; der Vorsitzende: Wenn der Redner den Bericht des Ausschusses gemeint hat, ist der Ausdruck ungeeignet.) Würde Hecker seinen Sitz in der National-Versammlung einnehmen wollen, wenn er seine Meinung mit den Waffen in der Hand geltend machen wollte? Früher hat man Amnestie ertheilt bei der Heirath eines Fürsten oder der Geburt eines Prinzen. Wir haben die Errichtung der Centralgewalt gehabt, die Grundsteinlegung der Deutschen Einheit. Wir werden durch die Amnestie beschwichtigen

nicht neuen Kampf hervorrufen, wie man behauptet. Man sagt, wir würden durch die Amnestie Mißtrauen bei der Mehrheit des Volkes hervorrufen; ich habe eine bessere Meinung von dem Deutschen Volke. Man hat an anderen Orten Amnestieen vorbereitet, so auch in Posen. Wollen Sie die, welche für die Republik die Waffen ergriffen haben, zurücksetzen gegen einen Prinzen von Preußen? — (Hier entstand auf der rechten Seite des Hauses eine äußerst leidenschaftliche Aufregung; der Ruf: zur Ordnung! herunter mit dem Redner! steigerte sich zu immer größerer Heftigkeit. Dagegen wurde von der Linken gerufen: Fortreden! Ruhe! Der Vorsitzende vermochte nur auf einen Augenblick für die Worte sich hörbar zu machen: Lassen Sie mich den Redner fragen, was er gesagt hat; ich habe es nicht verstehen können. — Es bildeten sich von beiden Seiten des Hauses Gruppen um und in der Nähe der Rednerbühne. Nach vergeblichen Versuchen, die Ruhe wieder herzustellen, entfernten sich die Vice-Präsidenten von Soiron und von Hermann, so wie die Secretaire. Bald darauf, gegen 2¼ Uhr, verkündigte ein Anschlag, daß die Sitzung geschlossen sei.

In der heutigen 57sten Sitzung der verfassunggebenden Reichs-Versammlung wurden mehrere auf den gestrigen Vorfall bezügliche Anträge verlesen. Einer derselben bezweckte, daß der Abgeordnete Brentano wegen seiner gestrigen Aeußerung zur Ordnung gerufen werde. Vice-Präsident v. Soiron, als Vorsitzender, sprach den Ordnungsruf aus. Die Linke protestirte dagegen, weil die Anträge vorher diskutirt und Brentano's Vertheidigung gehört werden müsse. In Folge des hierüber entstandenen Tumults wurde die Sitzung auf eine Stunde suspendirt. Nach Wiedereröffnung derselben wiederholte v. Soiron den Ordnungsruf unter erneuertem Protest der Linken und gab dann Brentano das Wort zur Fortsetzung seines gestrigen Vortrags. Als Brentano die Rednerbühne betrat, erhob sich stürmischer Beifallsruf. Der Präsident ließ nunmehr die Gallerie und sämmtliche Zuhörerräume leeren. Auch die Journalisten mußten abtreten. Mehrere Mitglieder der Linken protestirten gegen die Fortsetzung der Sizzung in Abwesenheit des Publikums, da eine geheime Sitzung nur auf Antrag von 50 Mitgliedern stattfinden könne. Andererseits wurde behauptet, daß durch die Entfernung des Publikums, die dem Präsidenten nach der Geschäfts-Ordnung zustehe, die Sitzung keineswegs eine geheime sei. Auf Antrag Zimmermann's von Spandau wurden die Journalisten wieder zugelassen, die Zulassung des Publikums aber mit 380 gegen 91 Stimmen verworfen. — Nachschrift. 3 Uhr. Die National-Versammlung hat über die Petitionen um Amnestie mit 317 gegen 90 Stimmen die motivirte Tagesordnung beschlossen.

Wien, den 4. August. Aus guter Quelle kann ich Ihnen berichten, daß in Betreff der Ungarisch-Croatischen Differenzen vorläufig festgesetzt wurde: von jedem weiteren feindlichen Angriffe abzustehen, und sowohl die Croatischen Regimenter als die Ungarischen Truppen von der Gränze zurückzuziehen, um sie vielmehr zur Verfügung für das Italienische Heer bereit zu halten. Der Feldmarschall Radetzky soll ehestens eine abermalige Verstärkung von 15,000 Mann erhalten. Der Verlust unserer Armee an Todten und Verwundeten in den letzten Schlachten wird auf 3000 Mann angegeben. — Unsere Nationalgarde hat beschlossen dem heldenmüthigen Führer unsers tapfern Heeres, Feldmarschall Radetzky, als Zeichen ihrer Hochachtung einen kostbaren Ehrensäbel zu weihen, und zu diesem Ende ist eine Subskription bei der ganzen Nationalgarde eröffnet worden, damit sich jedermann an dieser Ehrengabe betheiligen könne.

Wien, den 8. August. Soeben wird folgende Proklamation verbreitet: „Se. Majestät der Kaiser haben am 5. d. M. die Reichstags-Deputation empfangen und derselben folgende Antwort ertheilt: „Ich freue Mich, die Hrn. Abg. des constituirenden Reichstages bei Mir zu empfangen. Stets nur das Beste meiner Staaten wollend, werde ich unter den dargestellten Verhältnissen dem Wunsche Ihrer Committenten gern entsprechen und mich in ihre Mitte begeben. Trotz meiner noch nicht befestigten Gesundheit gedenke ich meine Rückreise nach Wien — zu meinen getreuen Oesterreichern — in, durch mein gegenwärtiges Befinden bedingten kleineren Tagereisen, am 8. d. M. anzutreten. Den Ausdruck Ihrer loyalen Gesinnungen nehme ich mit Wohlgefallen auf." — In Begleitung Ihrer Maj. der Kaiserin und Sr. K. Hoh. des Erzherzogs Franz Carl, sammt dessen Sohn Erzherzog Franz Joseph, wird unser allgeliebter Kaiser Sonnabend den 12. von Linz mit dem Dampfboote hier eintreffen. Die übrigen Mitglieder des Allerh. Hofes, die noch in Innsbruck weilen, nämlich Ihre K. Hoh. Erzherzogin Sophie mit Familie, werden um einen Tag später ihre Reise antreten und daher am 13. in Wien eintreffen. Der Minister des Innern beeilt sich, diese hocherfreuliche, allen treuen Herzen der Oesterreicher mit Jubel erfüllende Nachricht allgemein kund zu machen. Wien, den 8. August 1848. Der Minister des Innern. Doblhoff." — Aus Italien ist die Nachricht von der Einnahme Mailands, welche indeß noch der Bestätigung bedarf, eingelaufen. Auf der Börse war sie stark verbreitet und hatte zum Steigen der Course beigetragen. Die Post aus Mailand ist ausgeblieben. Aus Bukarest ist die zuverlässige Nachricht eingetroffen, daß die Russen die Moldau, wohin sie Fürst Stourdza geflissentlich hatte kommen lassen, bereits zum großen Theile geräumt haben. In der Wallachei behauptet jetzt wieder die liberale Partei die Oberhand. Alle Verordnungen der provisorischen Regierung werden im Namen der Gleichheit und Brüderlichkeit erlassen. — In der heutigen Reichstagssitzung interpellirte der Abg. Sturm den Minister des Innern in Betreff der Kroatisch-Ungarischen Wirren. Doblhoff gab befriedigende Erklärungen; er unterließ nicht, auf die herben Angriffe Kossuth's zu antworten. Als der Erzherzog Johann Wien verlassen habe, ohne daß die von ihm eingeleitete Vermittelung ein befriedigendes Resultat gehabt hätte, sei vom Ungar. Ministerium die Anfrage gekommen, ob das Oesterreichische die Pragmatische Sanction anerkenne, und ob es die Rechte Ungarns auf Croatien aufrecht erhalten helfen wolle. Darauf habe sich das Oester. Ministerium geäußert, daß es die Ansprüche Ungarns auf Croatien durchaus nicht verkenne, noch bestreiten wolle, daß es aber nach allen Seiten hin die Gerechtigkeit zu seinem Wahlspruche gemacht habe und daher die Unterdrückung einer Nationalität durch die andere keinesfalls gutheißen werde. (Schl. Z.)

Ausland.

Frankreich.

Paris, den 7. August. Vorgestern hatten der Marquis von Brignole Sale, Botschafter des Königs von Sardinien, und der Marquis A. Ricci, außerordentlicher Abgesandter des turiner Kabinets bei der Französischen Regierung, eine Konferenz mit dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Herrn Bastide. Man versichert jetzt, die Französische Regierung habe in der Italienischen Frage den Beschluß gefaßt, nicht zu interveniren, wohl aber bewaffnet zu vermitteln; sie ziehe also ein imposantes Heer längs der Sardinischen Grenze zusammen, und werde es gegen diejenige kriegführende Macht ins Feld schicken, welche die schiedsrichterlichen Beschlüsse dieser bewaffneten Vermittelung zurückweise, für welche sich auch England ausgesprochen habe, das mit Frankreich hierbei Hand in Hand gehen wolle.

— General Cavaignac hat mittelst Dekrets vom vorgestrigen Datum die am 27. Juni angeordnete Suspension folgender Journale wieder aufgehoben: der Revolution, Vraie Republique, Organisation du Travail, Presse, Assemblée nationale, des Napoleon republicain, Journal de la Canaille, Père Duchesnoi, Pilori, der Liberté und des Lampion. Das Verbot, diese Journale zu drucken, und die von den Druckern mit Hinsicht auf dies Verbot übernommenen Verbindlichkeiten, werden für die Zukunft als nicht geschehen betrachtet.

Italien.

Nach Italienischen Blättern ist in Mailand am 30. Juli eine Contre-Revolution ausgebrochen. Es ist aber der provisorischen Regierung und Piemontesischen Garnison gelungen, den Aufstand zu dämpfen. Das Vertheidigungs-Comitée beauftragte hierauf den General Antonini und drei andere Stabsoffiziere: die wichtigsten Punkte vor der Stadt und die Thore militairisch zu besetzen. Ganz Mailand ist im Belagerungsstande. Diese zu Gunsten der Kaiserl. Partei ausgebrochene Revolution hat den König Karl Albert veranlaßt, direkt nach Pavia zurückzumarschiren, und nur die Polinie von Piacenza aufwärts, dann die Ticinolinie zu vertheidigen. — Die hydraulischen Hindernisse der Lombardischen Ingenieure werden die Oesterreichischen Brigaden in ihrem Siegeszuge nach Mailand jedenfalls einige Tage aufhalten. Der Schaden, welchen aber diese Ueberschwemmung der Niederrungen gegen Lodi und Crema verursachen dürfte, wird unermeßlich sein. Der Marschall ist entschlossen, gegen Mailand nur drei Brigaden operiren zu lassen; mit der Hauptmacht wird er den König fort und fort verfolgen; in der That hat sich der piemontesische Kriegsminister, welcher an der Seite des Königs flieht, nach Turin gewendet, um Genua und Alessandria in Vertheidigungsstand zu setzen.

— Die Oestr. D. Z. vom 8. August meldet: Soeben erfahren wir, daß sich König Albert auf dringendes Ansuchen der provisorischen Regierung bewogen fand, „ein Korps von 16,000 Mann nach Mailand zu werfen." Dieses Korps wurde aber von unseren Brigaden 2 Stunden vor Mailand erreicht und der Kampf dauerte bei Abgang der Post aus Melegnano noch fort. Karl Albert eilt nach Piemont. Das Gros der Armee überschritt den Po bei Piacenza.

— Die Schles. Zeitung meldet in einer Privatkorrespondenz: Im Laufe des gestrigen Tages traf in Wien aus dem Hauptquartiere des Feldmarschall Radetzky ein Kourier ein mit der Botschaft, daß Mailand sich ohne Schwertschlag ergeben habe, der siegreiche Marschall am 6. d. M. Vormittags dort eingerückt sei. Eine unter dem Landvolke der nächsten Umgebung Mailands ausgebrochene Contre-Revolution soll hauptsächlich diese rasche Wendung der Dinge herbeigeführt haben. Am darauf folgenden Tage hat sich auch Pavia ohne Widerstand dem Marschall ergeben. Die Piemontesische Armee soll sich in völliger Auflösung befinden. Wien ist darüber natürlich in vollem Jubel, welcher noch dadurch besonders gesteigert wird, daß die Ankunft des Kaisers am 12. d. M. sicher zu erwarten steht.

Versammlung zur Vereinbarung der preußischen Staats Verfassung.

Siebenunddreißigste Sitzung, vom 9. August.

Eröffnung: nach 10½ Uhr. Präsident: Hr. Grabow. Das durch den Schriftführer Abg. v. Daniels verlesene Protokoll der gestrigen Sitzung wird, nach einer kurzen Erinnerung des Hrn. v. Unruh, angenommen, darauf der Gesetzentwurf wegen Abschaffung der Todesstrafe, in seiner Ganzheit, förmlich genehmigt und der Krone zur Erklärung übersandt.

An der Tagesordnung ist der Bericht der Bittschriften-Commission über die Schweidnitzer Angelegenheit. Der Berichterstatter, Hr. Elsner, trägt vor, daß eine Bittschrift in dieser Sache eingegangen, auf Grund welcher die Mehrheit der Bittschriften-Commission, mit Rücksicht auf die Dringlichkeit, folgenden Vorschlag macht: die Versammlung möge das Ministerium auffordern, 1) entweder sofort oder in der nächsten Sitzung ausführliche Mittheilungen über die Sachlage und darüber zu machen, was es in Folge der Ereignisse veranlaßt habe; 2) mögen zur Vermeidung neuer Collisionen, die compromitirten Truppentheile sofort aus Schweidnitz entfernt werden. Hr. Elsner fügt diesen Anträgen noch Folgendes hinzu: Der Ministerpräsident habe zwar erklärt, daß den Gesetzen in dieser Sache streng der Lauf gelassen werden solle, es sei indeß

mit dieser allgemeinen Mittheilung nicht gedient, vielmehr müssen bestimmte Maßregeln getroffen werden, damit man im Lande erfahre, daß der Willkür der Soldaten ein Ziel gesetzt sei. In Schlesien selbst haben die Schweidnitzer Vorfälle die tiefste Entrüstung erregt. Schließlich müsse er (Redner) noch anführen, daß die Minderheit der Commission beantragt: es möge eine Commission sofort an Ort und Stelle die Vorfälle untersuchen. Er würde dieses Antrages nicht erwähnt haben, wenn nicht eine Bittschrift aus Leobschütz daselbe verlangt hätte.

Hr. Stein erhebt sich zuerst gegen den Commissions-Antrag, weil er, Angesichts der traurigen Ereignisse, nicht ausreiche. „Ich war", fuhr der Redner fort, „am Begräbnißtage in Schweidnitz, habe die Trauer und den Jammer der Familien, die Verzweiflung der Stadt gesehen. Die Aufregung in Schweidnitz ist gegründet. Nichts, was in neuerer Zeit vorgefallen, könne mit den Schweidnitzer Ereignissen verglichen werden. Im Posenschen sind, jedoch unter der größten Aufregung, furchtbare Dinge vorgekommen, doch sind sie nicht gleichzustellen den Handlungen, wodurch in einer der loyalsten Städte von regstem Pflichtgefühl getriebene Männer niedergeschossen werden. Am Begräbnißtage starben noch drei, später zwei Menschen, im Ganzen also 11 und darüber, zwanzig liegen noch schwer verwundet. (Sensation.) Das Kind im Mutterleibe ward — ohne alle Uebertreibung sei dies gesagt! — niedergeschossen. Das Rechtsgefühl ist auf das Tiefste erschüttert, und wie Schlesien darüber denkt, das möge man aus dem Umstande entnehmen, daß an dem Begräbnißtage 20 Meilen weit, bewaffnete Bürger herbeieilten, weil sie ohne Waffen nicht kommen mochten. So sind die Besorgnisse in der Provinz verbreitet. Man sagt uns fortwährend, wir bilden eine constitutionelle Monarchie. Wenn dem aber wirklich so wäre, so müßten mit dem Austritt des Ministeriums auch die obersten Beamten ausscheiden. Bei uns ist nun zwar eine vollständige Systems-Aenderung eingetreten, aber dessen ungeachtet erblicken wir in den obersten Stellen sowohl bei dem Militair, als dem Civil noch dieselben Beamten.

Wir bedürfen der Beamten, welche mit den Ideen des neuen Staats und der neuen Zeit vertraut sind (Bravo.) Der Herr Minister des Innern hatte neulich einen Erlaß gegen die, bei den Verwaltungsbeamten etwa aufkommenden reaktionären Bestrebungen erlassen. Dieser Erlaß war von der besten Wirkung. Deshalb möge der Kriegsminister eine ähnliche Verfügung, besonders an die Offiziere, richten. Indem ich nunmehr dem, das Mindeste enthaltenden Antrage, auf schleunige Entfernung der Truppen, beistimme — obwohl die Truppen nicht schuldig sind, da ein Theil sich geschämt und in die Höhe geschossen hat — beantrage ich ferner: der Kriegsminister möge in einem Erlasse an das Heer sich dahin aussprechen, daß die Offiziere allen reaktionären Bestrebungen fern bleiben, nicht nur Conflikte jeder Art mit dem Civil vermeiden, sondern auch durch Annäherung an die Bürger zeigen, wie sie mit Aufrichtigkeit und Hingebung an der Verwirklichung der constitutionellen Rechtszustände mitarbeiten wollen. Bis jetzt haben wir amtlich noch nicht erfahren, was gegen den Commandanten du Rosey, was gegen den, auch für bloßgestellt erachteten, Bürgermeister von Schweidnitz geschehen ist. Die Breslauer Regierung läßt die Vorfälle durch einen Commissar untersuchen; ich bin von der Unpartheilichkeit des Untersuchenden überzeugt, aber das Publikum wird dieser Unpartheilichkeit nicht glauben, weil der Untersuchende ein Mann ist, welcher mit tausend Fäden dem alten System anhängt; es ist nämlich der Regierungs-Assessor Eichhorn, ein Sohn des frühern Ministers (Heiterkeit). Es muß also mehr geschehen, das Land hofft auf die National-Versammlung, möge diese demgemäß eine Commission zur Aufnahme des Thatbestandes nach Schweidnitz senden (lauter Beifall). Das erste Zusatz-Amendement wegen des Erlasses an das Heer wird, unter Bravoruf einstimmig unterstützt, und auch das zweite erhält die ausreichendste Unterstützung.

Der Minister des Innern: Der neueste, ihm von dem Oberpräsidenten der Provinz Schlesien, Hrn. Pinder, zugegangene Bericht trage das Datum vom 5. d. M. und ergebe, im Widerspruch mit einigen Angaben der Bittschrift, Folgendes: Die Bürgerwehr sollte, auf den Wunsch ihres Führers, auch durch Trommelschlag einberufen werden, wogegen der Magistrat nichts hatte, der Kommandant aber gleich vorweg Bedenken erhob und die Genehmigung förmlich versagte. Der Magistrat ließ dies am 31. v. M. Nachmittags dem Bürgerwehrführer mittheilen, worauf Abends der Kommandant du Rosey eine Katzenmusik erhielt. Bei diesem Lärm eilte der Bürgermeister Berlin auf den Markt und suchte die meist aus Gassenbuben bestehende Menge gütlich zur Entfernung zu bewegen, sandte auch den Rathsdiener auf die Hauptwache, um 6 Mann zu erfordern, und nach Fackeln zur Erhellung des Platzes. Plötzlich sah sich der Bürgermeister dicht umringt und außer Stande, Etwas zu thun, bis sich ein Polizeidieuer zu ihm Bahn machte, welchem er den Auftrag gab, mit der Glocke der Bürgerwehr das Lärmzeichen zu ertheilen. Schon wurde das Kommandanturhaus durch Steinwürfe zertrümmert, eine Kompagnie des Füsil.-Bat. 22. Inf.-Regim., welche den Platz säubern wollte, soll angegriffen worden sein, und es rückte nun noch eine andere vor. Durch das Drängen der Masse entstand eine Stockung, so daß eine Schwenkung der Kompagnie statthatte. Da knallten plötzlich vier oder fünf Schüsse, welchen hundert und zwei folgten. Die Kugeln schlugen theils in die Gebäude, theils in die Bürgerwehrmänner und tödteten und verwundeten vierzehn Personen. Einige Zeugen wollen das Kommando: „Feuer!" gehört haben, doch wird auch berichtet, daß während des Feuerns der Hauptmann v. Scribenski in der Schußlinie stand und zur Abwendung der Gefahr sogar von dem Flügelmann niedergerissen werden mußte. Es heißt sogar, ein Füsilier sei verwundet worden, worauf die anderen Soldaten das Feuer erwiedert hätten. In der That ist auch ein Füsilier auf dem linken Flügel verwundet worden, aber, wie sich nach dem Zeugnisse des Kreisphysikus ergeben, wahrscheinlich durch das Entladen des Gewehrs eines Nebenmannes, da der Schuß schräg von unten nach oben gegangen. — Dieser Bericht des Oberpräsidenten sei allerdings nur auf Grund vorläufiger Nachforschungen erstattet, und es können Einzelnheiten erst durch die Untersuchung festgestellt werden. Die Excesse werden sicherlich auf das Strengste bestraft. Die Ober-Militairbehörde werde jene gewiß auch nicht befohlen haben. Ein Kommissar der Breslauer Regierung — ob ein Sohn des früheren Ministers Eichhorn, bleibe dahingestellt —, welcher sich zufällig in Schweidnitz befunden, sei mit Ermittelungen beauftragt, ebenso eine gemischte Kommission von dem Oberlandesgericht niedergesetzt worden. Der militairische Theil derselben habe bereits die Akten der Voruntersuchung dem Land- und Stadtgerichte abgegeben. Was die Personen betreffe, so sei der Kommandant Rollas du Rosey, gegen welchen die Stimmung der Bürgerschaft der Bürgerschaft sich ausgesprochen, aus Schweidnitz entfernt und der Gen.-Major v. Kurski durch das Gen.-Kommando zum einstweiligen Nachfolger entsandt. Der Bürgermeister von Schweidnitz, Hr. Berlin, habe bereits sein Amt niedergelegt. Betreff des Militairs sei es bereits zur Sprache gekommen, die jetzt in Schweidnitz stehenden Truppentheile, nach beendeter Untersuchung, von dort zu versetzen.

Der Kriegsminister bemerkt, daß er diesen Erörterungen seines Kollegen nichts hinzuzusetzen habe. Man möge vertrauen, daß von oben herab kräftig eingeschritten werde. Der Kommandant Rollas du Rosey sei bereits zur Disposition gestellt, die Untersuchung in eifrigem Fortgang, und die Versammlung könne überzeugt sein, daß das Generalkommando alle Vorkehrungen zur Verhütung treffe, wie er selbst denn auch streng darüber wache.

Hr. Pape ist für den Kommissions-Antrag. In jenen traurigen Vorfällen bekunde sich nur ein furchtbares Symptom einer titel- und geldreichen Partei. Schaue man auf deren Umtriebe zurück, so gewahre man, wie sie im Heere einen Sonderpatriotismus erweckt, sich an die Veteranen der Kriegsjahre 1813—1815 mit der Einflüsterung gewandt, daß man ihre Söhne und sie selbst verspotte, wie sie ferner Mißtrauen und Zwietracht zwischen Bürgern und Arbeitern erzeugt und letztere gegen Personen aufgestachelt habe. Die Gegenrevolution erstreckt sich weiter. Die Verdächtigungen gegen Berlin seien abgenutzt, und jetzt benutze man die Deutsche Frage zu Sonder-Interessen. Der Umstand, daß eben jene Wühlereien straflos blieben, während übereiltes Wort und übereilte That nach alten abgenutzten Gesetzen strafbar werden, falle in die Wage. (Bravo.) Das Schweidnitzer Ereigniß sei auch nur ein Zeichen der Polizei-Wilkür, die immer wieder auftauche, wie man dies zunächst in Haynau und Kempen gesehen. Schweidnitz liege am Fuße des Eulengebirges, wo bekanntlich Hunger, Elend und Armuth sich häufen. Trotz des Elends habe sich die Bevölkerung bisher ausgezeichnet benommen. (Lauter Beifall.)

Hr. Schultz (aus Wanzleben) macht das Unter-Amendement zu dem Steinschen Vorschlage, daß es nämlich denjenigen Offizieren, mit deren politischen Ueberzeugungen der Geist der Neuzeit unvereinbar sei, zu einer Ehrenpflicht gemacht macht werde, aus dem Heere auszutreten. (Das Unter-Amendement wird unterstützt.)

Hr. Waldeck ist für den Stein'schen Vorschlag, besonders für Einsetzung einer aus der Versammlung gebildeten Kommission. Das alte System bestehe auch noch in dem Militairgerichtsstand, gemischte Kommissionen erwecken kein Zutrauen. Es mag im vorliegenden Falle zweifelhaft sein, ob „Feuer" kommandirt worden, obgleich 102 Schüsse nicht ohne Befehl fallen. Indessen kann das Volk nur beruhigt werden, wenn seine Vertreter die Ermittelung übernehmen.

Hr. Reichenbach ist für den Steinschen Antrag. Auch er habe in dem vorliegenden Falle dem Ministerium vertrauen wollen, sei aber in seinem Vertrauen erschüttert worden. Der Bericht des Ober-Präsidenten Pinder zeige schon, daß man nichts finden werde. Man habe fortdauernd die militairische Mannszucht gerühmt. Wenn dem so sei, so werde ein disciplinirtes Heer auch nicht ohne Befehl feuern. Die wahrhaft Schuldigen wolle und werde man nicht treffen. Die Soldaten seien, wenn auch nicht im Augenblick der That, aufgehetzt worden. Der Kommandant du Rosey sei Mitglied des patriotischen Vereins, und man wisse, was diese Vereine bedeuten. Anstifter von Mordthaten müssen aber verhaftet werden; sei man doch sonst bei Preßvergehen mit Verhaftungen leicht bei der Hand; der Kommandant du Rosey beziehe sogar noch Gehalt. So handele das Ministerium gegen das Militair, wie ganz anders gegen die Bürger. Die Versammlung allein könne noch die Freiheit schützen. (Bravo zur Linken.)

Es sind noch 9 Redner eingeschrieben, die Versammlung verfügt den Schluß der Debatte, nachdem Hr. Schultz (aus Wanzleben) noch dagegen gesprochen. Der Berichterstatter, Hr. Elsner, will, daß die Kommissionsanträge, namentlich der zweite, auf sofortige Entfernung des Militairs, ohne alle Schmälerung angenommen werden. Er spricht seine Verwunderung aus, daß du Rosey nur zur Disposition gestellt und sein Gehalt fortbeziehe. Eigentlich müsse das ganze Korps, einschließlich der Unteroffiziere und Soldaten, zur Untersuchung gezogen werden.

Jetzt beginnt die Fragestellung. Die erste Frage: „Beschließt die Versammlnng, aus der Mitte eine Kommission zu ernennen, die eine oder mehrere Mitglieder nach Schweidnitz sende, um die Ursachen der blutigen Ereignisse zu ermitteln und den Thatbestand aufnehme?" wird mit 204 gegen 163 Stimmen angenommen. Die zweite, den ersten Theil des Kommissions-Antrags umfassende Frage: ob die Versammlung beschließe, von dem Ministerium ausführliche Mittheilung und auch darüber zu erfordern, was es veranlaßt habe, wird verworfen. Die dritte Frage: „Beschließt die Versammlung, das Ministerium aufzufordern, die Truppentheile, welche bei den Excessen kompromittirt sind, zur Vermeidung neuer Kollisionen sofort aus Schweidnitz zu entfernen?" wird mit bedeutender Mehrzahl angenommen. Die vierte Frage: „Beschließt die Versammlung: der Kriegsminister möge in einem Erlasse an das Heer sich dahin aussprechen, daß die Offiziere allen reaktionairen Bestrebungen fern bleiben, nicht nur Konflikte jeder Art mit dem Civil vermeiden, vielmehr durch Annäherung an die Bürger zeigen, daß sie mit Aufrichtigkeit und Hingebung an Verwirklichung der konstitutionellen Rechtszustände mitwirken wollen?" wird ebenfalls mit sehr großer Mehrzahl angenommen. (Hr. Weichsel hatte hierfür Namensaufruf begehrt, aber keine Unterstützung gefunden.) Endlich wurde das Schultzsche Unteramendement, daß den Offizieren, welche damit nicht übereinstimmen, der Austritt aus dem Heere zur Ehrenpflicht gemacht werde — nachdem auch hier ein Antrag auf Namensaufruf abgelehnt worden —, mit 180 gegen 179 angenommen. Der Präsident ersucht jetzt die Dirigenten der acht Abtheilungen, aus jeder ein Mitglied der Kommission zu erwählen.

Dringlicher Antrag der Herren Rodbertus, Schulze (Delitzsch) und v. Berg: „Das Staatsministerium um sofortige nachträgliche Vorlegung eines Gesetzes über die Schutzmannschaften zu ersuchen." (Wird unterstützt und zur sofortigen Discussion gestellt.)

Herr v. Berg entwickelt die Dringlichkeit des Antrages. Bewaffnete Mächte dürften nur den richterlichen Behörden, nicht aber der Willkür zur Seite gestellt werden. Zugleich läge in der Kreirung der Constabler eine Kränkung des Heeres, welches hiernach die Ordnung nicht aufrecht erhalten wolle und könne. Man habe neulich gesagt, es sei ja unschuldig, durch Constabler Thüre und Fenster zählen zu lassen. Er stimme dem bei, doch gefalle es ihm

(Mit zwei Beilagen.)

gar nicht, daß dergleichen statistische Belustigungen so theuer seien. (Gelächter.) Die Aufstellungen der Constabler, schließt Redner, sind Attroupements, so lange kein besonderes Gesetz für ihre Rotten existirt, oder höchstens Versammlungen unter freiem Himmel mit polizeilicher Erlaubniß. — Sollte die Majorität gegen unseren Antrag sein, so bauen wir auf die Einsicht des Ministeriums, ist sie dafür, so möge dasselbe seine Existenz nicht an diese Frage sezzen. (Ein Schreiben des hiesigen Magistrats, welches auf Beschluß verlesen wird, spricht sich in jeder Beziehung für die Institute der Schutzmannschaft aus.)

Abg. Schramm stellt ein (zahlreich unterstütztes) Amendement: bis zur Emanation des betreffenden Gesetzes die gegenwärtige „Instruction" der Schutzmannschaften sofort zu veröffentlichen.

Minister des Innern Kühlwetter legt in einer längeren Rede die Gründe dar, welche das Ministerium gegen Erlaß eines solchen Gesetzes, wie das verlangte, bestimmen müsse. Wenngleich die Polizeimacht in neuester Zeit die heftigsten Angriffe, die schärfsten Kritiken habe vernehmen müssen, so sei es doch gerade für einen freien Staat nöthig, daß dieselbe eine sehr bedeutende sei. (Heftiges Murren.) Das weitgerühmte freie Albion sei der beste Beleg für diese Behauptung. In London seien z. B. fortdauernd gegen 6000 Constabler auf den Beinen. Der 14. Juni c. (Zeughaussturm) habe offen bewiesen, daß die Bürgerwehr von ihren Polizeidiensten entbunden werden müsse, und für denselben ausreichende neue Kräfte zu schaffen seien. Die Errichtung des Institutes der „Schutzmannschaften", eine Erbschaft des vorigen Ministerii, welche jedoch von dem jetzigen sofort angetreten worden, sei daher definitiv beschlossen und sofort ins Werk gesetzt. 1620 und einige seien, stets zu einem Drittel, im Dienste. Eine Verminderung möge vielleicht eintreten, dafür stimme er selbst, doch müsse er zurückweisen, wenn man fußend auf die Mißgriffe Einzelner, das ganze Institut verwerfen wolle. Gern sei er überdies bereit, jedweden begründeten Vorschlag zur Verbesserung desselben zur Ausführung zu bringen, obgleich er nie bedeutende Klagen über dasselbe vernommen. (Widerspruch). Besondere Rechte und Pflichten wohnten übrigens unseren Schutzmannschaften nicht bei, denn es seien ja nur die bisherigen Polizeikräfte in anderer Kleidung (Murren). Was ihre Instruktion betreffe, so sei die Ausarbeitung derselben noch nicht beendet, solle jedoch später ohne Weiteres vorgelegt werden, obgleich dieselbe fast ganz mit der bisherigen für Executivbeamte übereinstimme. Ihnen etwas von diesen Rechten nehmen, hieße ihre Wirkung paralysiren. — Das Militär sei eben so wenig durch die Errichtung dieses Corps zurückgesetzt worden, denn dasselbe bestünde gerade aus Bürgern, welche sehr wohl gegen ihres Gleichen auftreten dürften. Endlich müsse er den Humor, mit welchem Hr. v. Berg die Vorlage behandele, zurückweisen, ihm selbst sei dieselbe eine sehr ernste. — Aus diesen Anführungen glaube er bewiesen zu haben, daß es eines Gesetzes nicht bedürfe, wo es sich nicht um neue Vorrechte handele.

Hr. Grebel, für den Antrag. — Man berufe sich stets, wenn man von unseren Schutzmannschaften rede, auf London's Constabler und die ehemalige Pariser Municipalgarde. Beide seien jedoch erst nach langem parlamentarischen Kampfe und durch ein eigenes Gesetz eingeführt worden. Es herrsche außerdem ein schreiendes Mißverhältniß zwischen London (2000 Constabler auf 2 Mill. Einwohn.) und Berlin (über 1600 Schutzmänner auf 400,000 Einw.) Es sei uns sehr gut, die Weisheit Albions in vielen Stücken zum Muster zu nehmen, nur müsse man uns nicht durch Constabler zu Engländern machen wollen. (Lang anhaltendes Gelächter.)

Finanzm. Hansemann hält die Annahme des Antrages für eine Schwächung, nicht aber für eine moralische Stärkung des Vertrauens. Dies müsse aber vor Allem erhalten werden. Die Sicherheit der Hauptstadt bedinge aber die des ganzen Landes, und in dieser Beziehung würde Letzteres gewiß gern die Kosten der Erhaltung jener Sicherheit tragen. Was die Bemerkung eines früheren Redners anlange, daß man unserer Schutzmannschaft den Säbel umgeschnallt, statt ihnen den friedlichen Stab der Londoner Constabler zu geben, so bemerke er, daß dieser mit schwerem Blei ausgegossene Stab eine fürchterliche Waffe in den Händen dieser sei.

Nur drei Wege seien vorhanden, Vertrauen zu erwecken. 1) Durch die Polizeimacht (wie das eben erwähnte); 2) durch das Gesetz (wie man es beabsichtige) oder 3) durch wahrhafte Vernünftigkeit des Organismus. Das Ministerium (Hr. Kühlwetter) habe sich außerdem in heftige Widersprüche verwikkelt. Ein Mal behaupte es: die Schutzmannschaften seien eine ganz neue Institution, ein anderes Mal: sie seien die bisherigen Polizeidiener in anderem Rocke, und dann wieder: es seien doch nicht die alten Polizeidiener, denn sie haben nicht ganz deren Prärogative. Ueber den Finanzpunkt, der einleuchte, gehe er ganz hinweg und behaupte nur, daß die Errichtung einer neuen Polizeimacht ohne eigenes Gesetz ein Eingriff in die persönliche Freiheit sei. Das Ministerium hätte gerade hierin dem Beispiele Englands folgen sollen.

Der Schluß der Debatte wird, trotz des Einspruches des Herrn Stein, durch Majorität herbeigeführt.

Antragsteller Schulze (Delitzsch) erläutert den gemeinschaftlichen Antrag, welcher eigentlich wenig besprochen worden sei, näher, und fügt hinzu, daß die Regierung nicht wohl thue, sich, wie das gestürzte System, auf die Polizeimacht zu stützen, (Bravo. — Die Gallerie A, auf welcher Mehrere Zeichen des Beifalls ꝛc. äußern, wird energisch durch den Präs. Grabow zur Ruhe verwiesen.) Minister des Innern Kühlwetter bemerkt, daß ein großer Unterschied bestehe zwischen Polizeimacht und Polizeistaat (Widerspruch) und die vorhandene Instruktion der Schutzmänner (welche übrigens veröffentlicht werden würde) das verlangte Gesetz überflüssig machen. (Erneuerter Widerspruch.)

Die (namentliche) Abstimmung über den Antrag ergiebt für Nein 203, für Ja 152. Er ist daher mit ziemlicher Majorität verworfen, wodurch die Abstimmung über das Amendement beseitigt wird.

Die nächste Sitzung findet Freitag den 11. d. M., Vormittags 9 Uhr statt. Die heutige Sitzung schließt gegen 4 Uhr Nachmittags.

[Für den hier folgenden Theil ist die Redaction nicht verantwortlich.]

Antwort auf die Rüge vom 6ten August No. 181. Beilage.

Die Angabe von (angeblich mehreren) Mitgliedern der evangelischen Kreuz-Kirche hierselbst, als sei ein Unterbeamter derselben rüde und roh behandelt worden, zeigt, daß jene Annonce nur aus Begünstigung und ohne Ueberzeugung vom Hergange der Sache abgefaßt ist, und die (oder vielmehr nur der) Verfasser keinen Begriff von Rüdität und Rohheit haben muß, denn jener sogenannte Unterbeamte, gegen den auch in einer andern Beziehung wichtige Indicien obwalten und zur Sprache kommen werden, erlaubte sich Wahlumtriebe und deshalb wurde er von Gemeindemitgliedern in seine Schranken als untergeordneter Diener gewiesen, was wohl am rechten Orte als auch durchaus erforderlich war.

Mehrere Mitglieder dieser Kirchen-Gemeinde.

Marktbericht. Berlin, den 11. August.

Am heutigen Markt waren die Preise wie folgt: Roggen wird heut höher gehalten, 84/85 Pfd. hierstehend auf 27 Rthlr., 88 Pfd. schwimmend auf 26½ Rthlr., 82 Pfd. pr. Aug.—Sept. 26½ Rthlr. Br., 26 Rthlr. Geld, pr. Sept.—Okt. 27 Rthlr. Br., 26½ Rthlr. Geld, am Landmarkt 27 à 30 Rthlr. nach Qualität bezahlt; Gerste 24 à 26 Rthlr.; Hafer 15 a 17 Rthlr.; Futter-Erbsen 30 a 31 Rthlr.: Oelsaat. Einige Ladungen Rapps und Rübsen im Verbande 69 Rthlr., Rapps allein auf 69 a 70 Rthlr., Rübsen auf 67 a 68 Rthlr gehalten, 1 a 2 Rthlr. weniger geboten; Spiritus wegen geringer Zufuhr höher gehalten, loco und ohne Fässer mit 19 Rthlr. bez. und Br., 18¾ Rthlr. Geld, mit Fässer 18½ Rthlr. Br., pr. Sept.—Okt. 17½ Rthlr. und pr. Okt.—Nov. 17¼ Rthlr.

Druck u. Verlag von W. Decker & Comp. Verantwortl. Redacteur: C. Hensel.

Verspätet.

Nach Gottes unerforschlichem Rathschlusse starb nach mehrwöchentlichem Leiden in Folge eines Schlagflusses am 4ten d. Mts. unser geliebter Gatte und Vater, der hiesige Kaufmann D. Goldberg. Mit betrübtem Herzen, um stille Theilnahme bittend, zeigen wir dies hiermit ergebenst an.

Posen, den 11. August 1848.

Henriette verw. Goldberg
und deren Kinder.

Das 18te Infanterie-Regiment, getrieben vom Gefühl der Dankbarkeit und Anerkennung für das langjährige Bestehen des innigsten Verhältnisses und herzlichsten Einverständnisses sowohl mit den Behörden als Einwohnern Posens, kann es sich beim Scheiden nicht versagen, Ihnen Allen noch ein herzliches Lebewohl zuzurufen, wobei es den Wunsch mit sich hinfort nimmt, daß die Vorsehung die Geschicke der Stadt in seinen gnädigen Schutz nehme, Friede und Eintracht in ihrer ganzen Bevölkerung herrschen lasse.

Posen, den 13. August 1848.

Im Namen des Regiments
Breetz, Major.

Bei unserem Abgange von hier allen Feunden ein herzliches Lebewohl.

Adolph Kayser, Pr.-Lieut. im 18. Inf.-Regiment. Grunwald, Sec.-Lieut. im 18. Inf.-Regiment.

Posen, den 13. August 1848.

Bekanntmachung.

Zur Straßenbeleuchtung und zu andern städtischen Zwecken sind für den Zeitraum vom 1. Januar bis ult. December 1849, 250 bis 270 Centner raffinirtes Rüböl erforderlich, dessen Lieferung dem Mindestfordernden überlassen werden soll.

Zu diesem Behufe haben wir einen Lizitations-Termin auf den 24. August c. Vormittags 10 Uhr vor dem Stadtsekretair Zehe auf dem Rathhause anberaumt, zu welchem wir Lieferungslustige mit dem Bemerken vorladen, daß jeder Lizitant eine Caution von 200 Thlr. baar oder in Werthpapieren nebst Zinscoupons deponiren muß.

Die übrigen Bedingungen können in der Registratur eingesehen werden.

Posen, den 13. Juli 1848.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Auf Anordnung der Königlichen Regierung sollen nunmehr in die bis jetzt noch im Rückstande gebliebenen Abgaben mit aller Energie und Anwendung der gesetzlichen exekutivischen Hülfsmittel eingezogen werden.

Indem wir hiervon die hiesigen betheiligten Einwohner in Kenntniß setzen, fordern wir dieselben gleichzeitig auf, die etwanigen Abgabenrückstände ungesäumt an die betreffenden städtischen Kassen abzuführen, widrigenfalls wir uns in die Unannehmlichkeit versetzt sehen müßten, deren exekutivische Beitreibung mit aller Strenge zu bewirken.

Posen, den 8. August 1848.

Der Magistrat.

Aufgebot.

Im Hypothekenbuche des im Schildberger Kreise des Großherzogthums Posen belegenen adeligen Gutes Grembanin, stehen Rubrica III. No. 7. 3250 Rthlr. zu 5 pro Cent verzinslich, für die Erben des Joseph von Magnuski auf Grund des protokollarischen Anerkenntnisses des Besitzers vom 17ten Juni 1796 eingetragen.

Der gegenwärtige Besitzer, Tribunalsrichter Constantin Hermenegild von Kreski behauptet, daß diese Post getilgt sei und hat, da er keine Quittung beibringen kann, und die Joseph von Magnuskischen Erben unbekannt sind, deren Aufgebot beantragt.

Demzufolge werden folgende muthmaßliche Erben des Joseph von Magnuski:

1) die Constantia zuerst verehelichte v. Szczerbińska, demnächst verehelichte v. Grabowska und zuletzt verehelichte von Gutowska, geb. v. Magnuska,
2) der Felix v. Grabowski,

3) der Martin v. Skórzewski, als Ehegatte der Albina geb. v. Grabowska,
4) der Ignatz Boleslaus v. Skórzewski,
5) die Marianna Desideria v. Skórzewska,
6) die Franciska v. Madalińska, geborne v. Grabowska,
7) der Eduard v. Kreski,
8) die Laura v. Sulimirska geb. v. Kreska,
9) der Constantin v. Kreski,
10) die Maryanna v. Kiedrzyńska geb. v. Kreska,
11) die Eva v. Nerska geb. v. Kreska,
12) der Artaxerxes v. Rekowski,
13) der Napoleon v. Rekowski,
14) der Constantin v. Rekowski,
15) die Stephanie v. Wężyk geb. v. Rekowska,
16) die Desideria v. Pagowska geb v. Rekowska,
17) die Antonina v. Walewska und
18) die Wanda v. Walewska,

und überhaupt alle diejenigen, welche als Eigenthümer, Erben, Cessionarien, Pfand- oder Briefsinhaber, oder aus irgend einem anderen Rechtsgrunde Ansprüche an die bezeichnete Hypotheken-Post zu haben vermeinen, aufgefordert, diese Ansprüche spätestens in dem am 3. November 1848 Vormittags um 10 Uhr vor dem Deputirten Oberlandes-Gerichts-Referendarius Keigel in unserem Instruktions-Zimmer anstehenden Termin geltend zu machen, widrigenfalls die aufgebotene Post für getilgt erachtet werden wird.

Posen, den 27. Mai 1848.

Königliches Ober-Landes-Gericht; Abtheilung für die Prozeßsachen.

Jagd-Verpachtung.

Die mit dem 1. Juni c. pachtlos gewordene niedere Jagd auf den zum Bezirk der hiesigen Oberförsterei gehörigen Feldmarken:

1) Koziegłowy,
2) Czerwonak und Hauland Czerwonak,
3) Mechowo,
4) Janikowo,
5) Vorwerk Neuhof (Nowy dwór),
6) Krug Darmosz,
7) Nadolnik-Mühle bei Posen,
8) auf den Sandschellen zwischen Główno und Koziegłowy einschließlich des an der Warthe zwischen der Straße von Posen nach Owinsk belegenen Jagens No. 14., zum Forst-Reviere Schwersenz gehörig,

soll vom 1. Juni c. ab, auf 6 Jahre, entweder im Ganzen oder getheilt, anderweitig verpachtet werden. Dazu steht Montag den 21. d. M. von 10 bis 12 Uhr im Hôtel de Paris zu Posen ein Termin an, zu welchem die Pächter hiermit eingeladen werden. Zielonka, den 7. August 1848.

Der Königliche Oberförster Stahr.

Auktion.

Montag den 14ten August Vormittags von 10 Uhr ab, sollen im Auktions-Lokal Friedrichsstraße No. 30. 8–10 Gebett guter Betten, einiges Kupfer-Geschirr und verschiedene andere Gegenstände gegen baare Zahlung versteigert werden. Anschütz.

Am Wilhelmsplatz No. 15.

stehen gute dauerhafte zu einer Tuch- und Tapisseriewaarenhandlung nöthige Repositorien, nebst zwei starken Verkaufstafeln, zusammen so wie auch einzeln zu bevorstehende Michaeli billig zum Verkauf. Nähere Auskunft hierüber ertheilt der Kaufmann **Eduard Vogt.**

Das freie Allodial-Rittergut Kl. Gröben bei Osterode in Ost/Pr., 10 Meilen von Elbing und 1 Meile von der Kreisstadt, so wie von der nach Elbing theils bereits fertigen, theils im Bau begriffenen Chaussee belegen, mit einem Flächeninhalt von $51\frac{1}{2}$ Magd. Hufe ist sofort mit voller unverkürzter Erndte und vollständigem Inventarium zu verkaufen. Der Boden gehört durchweg der bessern Klasse an, und finden sich neben circa 300 Scheffel Aussaat über 300 Morgen guter 2schnittiger Wiesen, so wie 220 Morgen Waldung, hart am Drewenzfluß gelegen.

Eine dazu gehörige Wassermühle, welche auf Erbpacht ausgegeben ist, zahlt gegen 100 Thlr. Die Grundsteuer beträgt $95\frac{1}{4}$ Thlr. Der feste Kaufpreis dieser schönen romantisch gelegenen Besitzung, in einer von den jetzigen Wirren durchaus verschont gebliebenen Gegend ist 34,000 Thlr. mit 12,000 Thlr. Anzahlung. Nähere Nachricht ertheilt der Besitzer.

Kl. Gröben bei Osterode in Ost/Pr.

G. Hendtloß.

Dem interessirenden Publikum zur Nachricht, daß der bisherige Kommissionair des Hôtel de Bavière Salamon Feltenberg auf seinen Wunsch aus dieser Funktion geschieden ist, und in dessen Stelle der Julius Knaster eingetreten.

Der Besitzer des Hôtel de Bavière.

Posen, den 13. August 1848.

In der Klingenburgschen Weinhandlung Breslauerstraße No. 37. ist täglich frischer Ananas- und Pomeranzen-Cardinal (à Fl. 12 Sgr.) zu haben.

Fliegen-Papier pro Tafel 1 Sgr. empfiehlt die Schreibmaterialien-Handlung von A. Löwenthal, Markt unter dem Rathhause No. 5.

In dem Hause des Rend. Kurzhals, Ritterstraße No. 8., ist vom 1. Oktober d. J. ab die Bel-Etage nebst Balkon, so wie die Wohnung Parterre zu vermiethen.

In meinem St. Martinstraße No. 24/25. belegenen Hause sind vom 1. Oktober d. J. ab in allen Etagen große und kleine Wohnungen zu vermiethen; erforderlichenfalls auch Pferdestall und Wagenremise. Das Nähere am alten Markt No. 84. I. Etage bei Arnold Witkowski.

Breslauerstraße No. 9. sind 4 Zimmer auf dem ersten Stock, 2 Zimmer auf dem zweiten Stock und 3 Zimmer Parterre im Ganzen oder Einzeln zu vermiethen.

Sapieha-Platz No. 3. sind größere und kleinere Wohnungen zu vermiethen.

Geschäfts-Eröffnung.

Mit dem heutigen Tage eröffne ich mein Destillations-Geschäft. Dies zeige ich meinen geehrten Mitbürgern und der werthen Nachbarschaft ergebenst an, und verspreche, bei allen in dies Fach schlagenden Artikeln, Liqueuren, Rums, doppelten und einfachen Branntweinen 2c., die reellste Bedienung.

Posen, den 13. August 1848.

Julius Jäschin, Thorstr. No. 10.

Stargard-Posener Eisenbahn.

Das Direktorium der Stargard-Posener Eisenbahn-Gesellschaft hat mir die Beförderung der Güter von und nach dem Bahnhofe unter den Bedingungen des Betriebs-Reglements §. 55. der Stargard-Posener Eisenbahn übertragen. Indem ich dies hiermit zur Kenntnißnahme bringe, erlaube mir gleichzeitig die Anzeige zu machen, daß von heute ab zur Bequemlichkeit des die Bahn benutzenden Publikums

Anmeldungen von Gütern zum Versandte mit der Eisenbahn und zum Transport nach dem Bahnhofe, jederzeit in meinem Comptoir, Sapieha-Platz No. 15., angenommen, die Güter rechtzeitig nach den Anmeldungen abgeholt und zum Bahnhofe befördert werden.

Posen, den 12. August 1848.

Falk Fabian.

Lotterie.

Die Ziehung der II. Klasse 98. Lotterie beginnt am 22. d. M. Ich fordere daher meine geehrten Spieler auf, die Erneuerung ihrer Loose bis dahin zu bewirken. Kaufloose zur II. Klasse sind noch zu haben.

Der Lotterie-Ober-Einnehmer Bielefeld.

Ausverkauf.

Wegen Aufgabe meines Geschäfts verkaufe ich sämmtliche Schreib- und Zeichnen-Material-Waaren, so wie alle in dies Fach einschlagende Artikel zu auffallend billigen Preisen.

Heinrich Grunwald, Markt- und Neuestraßen-Ecke Nro. 70.

Für Militair.

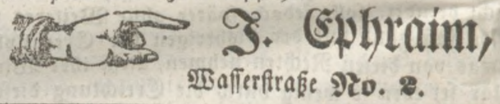
Halsbinden und weiße Waschhandschuhe empfehlen billigst **Gebr. Asch,** Ecke Markt und Neuestraße No. 70.

Weiße Oelfarbe

vom besten Bleiweiß (Oxyd) fein in Oel gerieben, empfiehlt zum billigsten Preis die Oel-Niederlage zu Posen, Schloßstraße und Markt-Ecke No. 84.

Adolph Asch.

Schöne saftreiche Citronen, das Dutzend von 12 bis 18 Sgr., große Apfelsinen und frische grüne Pomeranzen empfiehlt



J. Ephraim, Wasserstraße **No. 2.**

Städtchen.

Sonntag den 13ten August: Großes Garten-Konzert, ausgeführt von Hautboisten des Leib-Inf.-Regiments. — Entree à Person $2\frac{1}{2}$ Sgr., à Familie von 1 Herrn und 2 Damen 5 Sgr. Anfang $5\frac{1}{2}$ Uhr. Es ladet dazu ergebenst ein Kufus.

Anfrage an den Gnesener Magistrat.

Steht es dem Gnesener Magistrat nicht in seiner Macht, eine Bude, für welche derselbe George-Markt $5\frac{1}{4}$ und $8\frac{2}{3}$ Rthlr. Pacht nimmt, mit guten Dächern, Fußböden und so viel Regalbrettern, wie der Kaufmann nöthig hat, um seine Waare auszupacken, zu liefern? Warum geht es in Thorn, Bromberg 2c., oder muß man sich desbalb erst an eine höhere Behörde wenden?

Mehrere Posener Kaufleute.

Berliner Börse.

Den 11. August 1848.	Zinsf.	Brief.	Geld.
Staats-Schuldscheine	$3\frac{1}{2}$	$73\frac{5}{8}$	$73\frac{1}{8}$
Seehandlungs-Prämien-Scheine	—	88	—
Kur- u. Neumärkische Schuldversch.	$3\frac{1}{2}$	$70\frac{1}{2}$	—
Berliner Stadt-Obligationen	$3\frac{1}{2}$	—	—
Westpreussische Pfandbriefe	$3\frac{1}{2}$	$76\frac{1}{8}$	$76\frac{3}{8}$
Grossh. Posener »	4	—	$95\frac{1}{2}$
» »	$3\frac{1}{2}$	$77\frac{1}{4}$	—
Ostpreussische »	$3\frac{1}{2}$	—	85
Pommersche »	$3\frac{1}{2}$	$91\frac{1}{4}$	—
Kur- u. Neumärk. »	$3\frac{1}{2}$	91	$90\frac{1}{2}$
Schlesische »	$3\frac{1}{2}$	—	—
» v. Staat garant. L. B.	$3\frac{1}{2}$	—	$81\frac{1}{4}$
Preuss. Bank-Antheil-Scheine	4	—	$85\frac{1}{2}$
Friedrichsd'or	—	$13\frac{7}{12}$	13[illegible]
Andere Goldmünzen à 5 Rthlr.	—	$12\frac{11}{24}$	12[illegible]
Disconto	—	$3\frac{1}{2}$	$4\frac{1}{2}$
Eisenbahn-Actien, voll eingezahlte:			
Berlin-Anhalter A. B.	—	—	$87\frac{1}{2}$
» Prioritäts-	4	$82\frac{1}{4}$	—
Berlin-Hamburger	4	$66\frac{3}{8}$	$65\frac{3}{8}$
» Prioritäts-	$4\frac{1}{2}$	—	$88\frac{1}{2}$
Berlin-Potsdam-Magdeb.	4	—	$49\frac{1}{4}$
» » Prior. A. B.	4	—	76
» » »	5	85	$84\frac{1}{2}$
Berlin-Stettiner	—	—	$87\frac{3}{4}$
Cöln-Mindener	$3\frac{1}{2}$	—	76
» Prioritäts-	$4\frac{1}{2}$	—	$87\frac{3}{4}$
Magdeburg-Halberstädter	4	—	—
Niederschles.-Märkische	$3\frac{1}{2}$	—	$70\frac{1}{2}$
» Prioritäts-	4	—	71
» »	5	$93\frac{1}{4}$	—
» » III. Serie	5	$88\frac{1}{4}$	—
Ober-Schlesische Litt. A.	$3\frac{1}{2}$	—	90
» » B.	$3\frac{1}{2}$	—	90
Rheinische	—	$56\frac{1}{2}$	—
» Stamm-Prioritäts-	4	$69\frac{1}{2}$	—
» Prioritäts-	4	—	—
» » v. Staat garantirt	$3\frac{1}{2}$	—	—
Thüringer	$4\frac{1}{2}$	$52\frac{1}{2}$	$51\frac{1}{2}$
Stargard-Posener	4	$67\frac{1}{4}$	$66\frac{1}{4}$

Droschken-Fahrpreise nach und von dem Bahnhofe.

1 Person	5 Sgr.,
2 Personen	$7\frac{1}{2}$ Sgr.,
3 und 4 Personen	10 Sgr.,

das Handgepäck ist frei, dagegen ist für einen Koffer, **so lange nicht der Weg nach dem Bahnhofe chaussirt ist,** $2\frac{1}{2}$ Sgr. mehr zu zahlen.

Posener Droschken-Anstalt.